Inhaltsübersicht

Vorwort VII
Inhaltsübersicht IX
Inhaltsverzeichnis XI
Abbildungsverzeichnis XXI
Abkürzungsverzeichnis XXIII

A. Einleitung 1
I. Einführung in die Thematik 1
II. Bedürfnis nach einer rechtswissenschaftlichen Untersuchung 3
III. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands 7
IV. Begriffsbestimmung 7
V. Gang der Untersuchung 9

B. Der Erstvertrieb digitaler Güter 11
I. Systematisierung der digitalen Güter 11
II. Die Vertriebsmodelle 41
III. Der Online-Erwerb aus rechtlicher Sicht 65
IV. Zusammenfassung 99

C. Der Zweitmarkt für digitale Inhalte 101
I. Traditionelle Vertriebskanäle 102
II. Geschäftsmodelle für digitale Güter 109
III. Zusammenfassung 113

D. Die urheberrechtliche Zulässigkeit der Weitergabe 115
I. Die Weitergabe aus urheberrechtlicher Sicht 115
II. Der Erschöpfungsgrundsatz bei Software 120
III. Der Erschöpfungsgrundsatz bei anderen digitalen Gütern 200
IV. Rechtfertigung der Vervielfältigungshandlungen de lege lata 233
V. Rechtfertigung der öffentlichen Zugänglichmachung 270
VI. Vorschläge für eine Gesetzesänderung 277
VII. Zusammenfassung 286

E. Die Wirksamkeit vertraglicher Weitergabeverbote und -beschränkungen 288
I. Zur Frage der Abdingbarkeit von Schranken 288
II. Kategorisierung der verwendeten Vertragsklauseln 289
III. Formen vertraglicher Beschränkungen 291
IV. Überblick zur Rechtsprechung 293
V. Wirksamkeit von Weitergabeverboten 295

Bibliografische Informationen
http://d-nb.info/1081437340

digitalisiert durch DEUTSCHE NATIONAL BIBLIOTHEK

VI. Wirksamkeit von Weitergabebeschränkungen 301
VII. Zulässigkeit eines Lizenzmodells mit Preisstaffelung 304
VIII. Vorschlag für eine interessengerechte Vertragsklausel 306
IX. Zusammenfassung 309

F. Die Zulässigkeit technischer Schutzmaßnahmen 310
I. Grundlagen 311
II. Rechtsprechung zu technischen Schutzmaßnahmen 315
III. Auswertung der Entscheidungen 318
IV. Bewertung technischer Beschränkungen der Weitergabe ... 324
V. Technische Schutzmaßnahmen in AGB 328
VI. Zusammenfassung 329

G. Schlussbetrachtung 330

Literaturverzeichnis 333

Inhaltsverzeichnis

Vorwort VII

Inhaltsübersicht IX

Inhaltsverzeichnis XI

Abbildungsverzeichnis XXI

Abkürzungsverzeichnis XXIII

A. Einleitung 1
I. Einführung in die Thematik 1
II. Bedürfnis nach einer rechtswissenschaftlichen Untersuchung 3
1. Juristische Relevanz 3
2. Praktische Relevanz 5
III. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands 7
IV. Begriffsbestimmung 7
V. Gang der Untersuchung 9

B. Der Erstvertrieb digitaler Güter 11
I. Systematisierung der digitalen Güter 11
1. Die Musiksparte 12
2. Die Filmsparte 14
3. Die Softwarebranche 16
4. Die Computerspielebranche 19
5. Die Verlagsbranche 24
a. Elektronische Bücher (E-Books) 24
aa. Marktentwicklung 25
bb. Technische Grundlagen 26
cc. Erscheinungsformen 27
dd. Urheberrechtliche Einordnung 28
ee. Definition 31
b. Elektronische Zeitungen (E-Papers) und Zeitschriften (E-Journals) 32
c. Hörbücher (Audiobooks) 34
6. Die Foto- und Bilderbranche 36
7. Zusammenfassung und Relevanz 40
II. Die Vertriebsmodelle 41
1. Die Grundformen des Online-Vertriebs 42
a. Die technischen Grundmodelle 42
aa. Der Download 42

bb. Der Stream ... 43
b. Die Vertriebsmodelle ... 46
bb. Der Abo-Erwerb ... 47
cc. Das Mietmodell ... 47
dd. Die Abo-Miete ... 48
ee. Der freie Zugang ... 49
c. Zusammenfassung ... 49
2. Anbieter für digitale Inhalte und ihre Vertriebsmodelle ... 50
a. Universalplattformen ... 50
b. Spezialisierte Plattformen ... 52
aa. Anbieter von Musikwerken ... 52
bb. Anbieter von Filmwerken ... 53
cc. Anbieter von Software ... 54
dd. Anbieter von Computerspielen ... 56
ee. Anbieter von E-Books ... 57
ff. Anbieter von E-Papers und E-Journals ... 58
gg. Anbieter von Hörbüchern ... 59
hh. Anbieter von Fotos und Bildern ... 60
c. Beurteilung ... 61
3. Bedeutsamkeit für den Untersuchungsgegenstand ... 63
III. Der Online-Erwerb aus rechtlicher Sicht ... 65
1. Sachenrechtliche Erwägungen ... 65
a. Der Eigentumsübergang beim klassischen Erwerbsvorgang ... 65
b. Die Möglichkeit des Eigentums an Daten ... 66
c. Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäft im Urheberrecht ... 67
2. Die Einräumung von Nutzungsrechten ... 69
a. Grundlagen und Begrifflichkeiten ... 69
b. Die betroffenen Nutzungsarten beim Online-Erwerb ... 71
aa. Das Nutzungsrecht für den Downloadvertrieb ... 71
bb. Das Nutzungsrecht für den Downloaderwerb ... 72
cc. Die Problematik des Abrufübertragungsrechts ... 74
aaa. § 19a UrhG als einaktiges Recht ... 74
bbb. Keine Verortung unter § 15 Abs. 2 UrhG oder § 20 UrhG ... 76
ccc. Fehlendes Bedürfnis eines Abrufübertragungsrechts ... 79
dd. Zwischenergebnis ... 81
c. Die Rechtekette beim Downloadvertrieb ... 81
aa. Die Grundkonstellationen ... 81
bb. Die Einräumung des Nutzungsrechts von Händlern an weitere Händler ... 82
d. Die Rechtekette beim Downloaderwerb ... 84

aa. Sublizenzen 84
aaa. Die Rolle des Händlers 85
bbb. Die Einräumung des Nutzungsrechts an den Endkunden 86
bb. Endnutzerlizenzbedingungen 87
e. Zusammenfassung 88
3. Die vertragsrechtliche Einordnung 89
a. Kaufvertrag bei Datenträgern 89
b. Vertragsschluss bei Downloadplattformen 90
c. Einordnung von Softwareverträgen 91
d. Einordnung der übrigen digitalen Güter 92
aa. Bedeutung des Lizenzrechts 93
bb. Alternative Vorschläge 94
cc. Anwendung der kaufrechtlichen Vorschriften 96
IV. Zusammenfassung 99

C. Der Zweitmarkt für digitale Inhalte 101
I. Traditionelle Vertriebskanäle 102
1. Weitergabe mittels Trägermedien 102
a. Vor-Ort-Übergabe 102
b. Fernübertragung 104
2. Weitergabe ohne Trägermedien 106
a. Vor-Ort-Weitergabe 106
b. Fernübertragung 106
3. Bewertung 107
II. Geschäftsmodelle für digitale Güter 109
1. Aktuelle Geschäftsmodelle 109
a. Softwarebranche 109
b. Musiksparte 110
2. Geplante Geschäftsmodelle 111
III. Zusammenfassung 113

D. Die urheberrechtliche Zulässigkeit der Weitergabe 115
I. Die Weitergabe aus urheberrechtlicher Sicht 115
1. Das Vervielfältigungsrecht 116
a. Mögliche Vervielfältigungshandlungen 116
b. Relevante Schrankenregelungen 118
2. Das Recht der öffentlichen Zugänglichmachung 118
3. Das Verbreitungsrecht 119
4. Konsequenzen für die weitere Untersuchung 119
II. Der Erschöpfungsgrundsatz bei Software 120
1. Grundlagen der Erschöpfungslehre 120
2. Bewertung des UsedSoft-Verfahrens 123
a. Sachverhalt und Verfahrensgang 123

b. Die Vorlagefragen des BGH 125
c. Die EuGH-Entscheidung 127
aa. Der Begriff der Programmkopie 128
aaa. Anknüpfungspunkte für die Programmkopie 129
bbb. Gegenstand des Erstverkaufs 131
bb. Der Begriff des Erstverkaufs 134
aaa. Die Eigentumsübertragung 135
bbb. Untrennbare Verbindung zwischen Programmkopie und Nutzungsrecht 138
ccc. Die Einordnung des Wartungsvertrages 140
cc. Verbreitungsrecht vs. Recht der öffentlichen Zugänglichmachung 143
aaa. Bedeutung des Lex specialis-Gedankens 143
bbb. Die Schlussfolgerung des EuGH aus Art. 6 Abs. 1 WCT 145
ccc. Beschränkung des Art. 6 WCT auf körperliche Gegenstände 146
ddd. Das Vorliegen einer Verbreitungshandlung .. 148
eee. Abgrenzung zur öffentlichen Zugänglichmachung 150
fff. Korrektur der Zweiteilung im deutschen Recht 153
dd. Ausweitung der Erschöpfung auf immaterielle Güter 155
aaa. Der Wille des Gesetzgebers der Software-Richtlinie 155
bbb. Die Bedeutung der InfoSoc-Richtlinie 157
ee. Wirtschaftliche Überlegungen 158
aaa. Leitgedanke der Abschottung der Märkte.... 158
bbb. Wirtschaftliche Vergleichbarkeit 161
ccc. Das Problem des Preiswettbewerbs 164
ff. Unbrauchbarmachen und Aufspaltungsverbot..... 166
aaa. Rechtlicher Hintergrund 166
bbb. Der Verweis auf technische Schutzmaßnahmen 168
ccc. Anforderungen an das Unbrauchbarmachen.. 168
ddd. Zeitpunkt des Unbrauchbarmachens..... 169
eee. Umfang des Unbrauchbarmachens..... 170
gg. Fazit 170
d. Die BGH-Entscheidung 172
aa. Bindungswirkung der Entscheidung 172
aaa. Kein Eingriff in die Eigentumsordnung der Mitgliedsstaaten 172
bbb. Kein Verstoß gegen Art. 6 WCT 173

bb. „Gegenstand" der Weitergabe 174
cc. Konkretisierung der EuGH-Vorgaben 174
aaa. Angemessene Vergütung..... 175
bbb. Zeitlich unbegrenztes Nutzungsrecht 175
ccc. Wartungsvertrag 177
dd. Zum Unbrauchbarmachen der eigenen Programmkopie..... 177
aaa. Die Darlegungs- und Beweislast..... 178
bbb. Die Wirksamkeit eines Notartestats 178
ee. Fazit 180
3. Bedeutung der UsedSoft-Rechtsprechung für das deutsche Recht 180
a. Leitlinien für die Weitergabe von Software 180
b. Bindungswirkung 181
c. Die Umsetzung in deutsches Recht 182
d. Auswirkung auf die Rechtsprechung 184
4. Folgen für andere Fallkonstellationen mit Software 185
a. Die Weitergabe privat genutzter Software 186
b. Aufspaltung von Volumenlizenzen bei Einzelplatzanwendung 187
c. Zulässigkeit des Lizenz- bzw. Zertifikatehandels..... 192
d. Kostenlose Updates und Patches ohne Wartungsvertrag..... 194
e. Einschränkungen der tatsächlichen Verkehrsfähigkeit eines Werkstücks..... 195
f. Anzuwendende Richtlinie bei hybriden Produkten 196
5. Auswirkungen auf die Lizenzierungspraxis 199
III. Der Erschöpfungsgrundsatz bei anderen digitalen Gütern..... 200
1. Online-Erschöpfung im Anwendungsbereich der InfoSoc-RL 201
a. Vorliegen eines „Erstverkaufs eines Vervielfältigungsstücks"..... 202
b. Bedeutung der öffentlichen Zugänglichmachung..... 203
c. Wille des Unionsgesetzgebers 204
aa. Erwägungsgrund 29..... 205
bb. Erwägungsgrund 28..... 208
cc. Erwägungen im Gesetzgebungsverfahren 209
d. Wirtschaftliche Vergleichbarkeit..... 210
e. Indizien für einen weiten Erschöpfungsbegriff durch den EuGH 213
f. Dogmatische Einordnung..... 215
2. Online-Erschöpfung nach deutschem Recht..... 216
a. Der Gebrauchthandel im Spiegel der Rechtsprechung.. 216
aa. Erkenntnisse aus dem Urteil des OLG Hamm..... 217

aaa. Keine direkte Anwendbarkeit des § 17 Abs. 2 UrhG ... 217
bbb. Keine analoge Anwendbarkeit des § 17 Abs. 2 UrhG ... 218
ccc. Weitere Kriterien des OLG Hamm ... 219
bb. Weitere Rechtsprechung ... 219
cc. Erkenntnisse aus fremdländischen Urteilen ... 221
b. Umsetzbarkeit ins deutsche Recht ... 222
aa. Direkte Anwendbarkeit des § 17 Abs. 2 UrhG ... 222
aaa. Grammatikalische Auslegung ... 222
bbb. Systematische Auslegung ... 223
ccc. Historische Auslegung ... 224
ddd. Fazit ... 224
bb. Analoge Anwendbarkeit des § 17 Abs. 2 UrhG ... 225
aaa. Vergleichbare Interessenlage ... 225
bbb. Unbewusste Regelungslücke ... 225
ccc. Richtlinienkonforme Auslegung ... 226
c. Konflikte mit anderen Normen bei Ausdehnung der Erschöpfungswirkung ... 226
aa. Das Unbrauchbarmachen und § 53 Abs. 1 UrhG ... 227
bb. E-Books und der Erschöpfungsgrundsatz ... 227
3. Auswirkungen auf die Lizenzierungspraxis ... 229
4. Sonderfragen ... 229
a. Behandlung hybrider Produkte ... 230
b. Anwendungsfälle für das Aufspaltungsverbot ... 230
c. Die Erschöpfung bei anderen Veräußerungsformen ... 231
aa. Erstverkauf und andere (erstmalige) Veräußerungsformen ... 231
bb. Weiterverkauf und sonstige Weiterveräußerungsformen ... 232
IV. Rechtfertigung der Vervielfältigungshandlungen de lege lata ... 233
1. Übertragung des vertraglichen Nutzungsrechts ... 234
a. Die Voraussetzungen des § 34 Abs. 1 UrhG ... 235
b. Das Problem des Zustimmungserfordernisses ... 236
c. Anwendbarkeit des § 34 Abs. 1 S. 2 UrhG beim Weiterverkauf digitaler Güter ... 237
2. Gesetzliche Schrankenregelungen ... 239
a. § 69d Abs. 1 UrhG ... 239
aa. UsedSoft-Rechtsprechung ... 240
bb. Bewertung dieser Rechtsprechung ... 242
aaa. Übertragung des gesetzlichen Nutzungsrechts ... 242

bbb. Der Zweiterwerber als „zur Verwendung Berechtigter“ ... 243
ccc. Der Umfang der bestimmungsgemäßen Benutzung ... 245
ddd. Bedeutung vertraglicher Abreden ... 250
eee. Die Darlegungs- und Beweislast ... 252
fff. Fazit ... 253
cc. Geltung für andere digitale Inhalte als Software ... 253
b. § 53 Abs. 1 UrhG ... 254
aa. Anwendungsfälle ... 254
bb. Schwachpunkte der Norm ... 256
cc. Anwendbarkeit auf E-Books und E-Journals ... 257
c. § 44a Nr. 2 UrhG ... 258
d. Zwischenergebnis ... 260
3. Analoge Anwendung von Schrankenregelungen ... 261
4. Die Einwilligungslösung ... 263
5. Ungeschriebene Rechtfertigung ... 264
a. Hinweise aus der Rechtsprechung ... 265
aa. Die Dior/Evora-Entscheidung des EuGH ... 265
bb. Die Parfumflakon-Entscheidung des BGH ... 266
cc. Die TU Darmstadt/Ulmer-Entscheidung des EuGH ... 267
b. Bewertung ... 268
V. Rechtfertigung der öffentlichen Zugänglichmachung ... 270
1. Anwendungsfälle ... 271
2. Rechtfertigung ohne Zustimmung ... 272
3. Das Kriterium des „neuen Publikums“ ... 274
4. Konsequenzen ... 276
VI. Vorschläge für eine Gesetzesänderung ... 277
1. Klarstellung der Erschöpfungswirkung ... 277
a. Anpassung des § 69c Nr. 3 S. 2 UrhG ... 278
b. Anpassung des Art. 4 InfoSoc-RL bzw. des § 17 UrhG ... 278
2. Änderung des § 34 Abs. 1 UrhG ... 280
3. Korrektur des Schrankenkatalogs ... 281
4. Stärkung des Beteiligungsgrundsatzes ... 284
5. Chancen für eine Gesetzesänderung ... 285
VII. Zusammenfassung ... 286

E. Die Wirksamkeit vertraglicher Weitergabeverbote und -beschränkungen ... 288
I. Zur Frage der Abdingbarkeit von Schranken ... 288
II. Kategorisierung der verwendeten Vertragsklauseln ... 289
1. Weitergabeverbote ... 290

2. Weitergabebeschränkungen ... 291
III. Formen vertraglicher Beschränkungen ... 291
1. Individualvertragliche Abreden ... 291
2. Allgemeine Geschäftsbedingungen ... 292
IV. Überblick zur Rechtsprechung ... 293
1. Urteile vor der UsedSoft-Entscheidung des EuGH ... 293
2. Urteile nach der UsedSoft-Entscheidung des EuGH ... 294
V. Wirksamkeit von Weitergabeverboten ... 295
1. § 305c BGB ... 296
2. § 307 Abs. 1, Abs. 2 BGB ... 297
a. § 307 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 1 BGB ... 297
aa. Der Erschöpfungsgrundsatz, §§ 17 Abs. 2, 69c Nr. 3 S. 2 UrhG ... 298
bb. Die Übertragung von Nutzungsrechten, § 34 Abs. 1 UrhG ... 298
b. § 307 Abs. 1, Abs. 2 Nr. 2 BGB ... 299
c. Widerlegung des Zweifelsatzes ... 299
3. § 307 Abs. 1 S. 2 BGB ... 301
4. Zwischenergebnis ... 301
VI. Wirksamkeit von Weitergabebeschränkungen ... 301
1. Einwilligungsvorbehalt ... 301
2. Mitteilungspflicht des Namens des Zweitkäufers ... 302
3. Verbot der Anfertigung von Vervielfältigungsstücken ... 303
4. Löschungsgebot ... 303
5. Leitlinien für die Beurteilung ... 304
VII. Zulässigkeit eines Lizenzmodells mit Preisstaffelung ... 304
VIII. Vorschlag für eine interessengerechte Vertragsklausel ... 306
1. Formulierungsvorschlag ... 306
2. Interessenausgleich ... 307
3. Anwendungsbereich ... 308
IX. Zusammenfassung ... 309

F. Die Zulässigkeit technischer Schutzmaßnahmen ... 310
I. Grundlagen ... 311
1. Gesetzliche Bestimmungen ... 311
2. Übersicht über die Erscheinungsformen ... 312
a. DRM-Systeme ... 312
b. Benutzerkonten ... 313
c. Hardwarekomponenten ... 313
3. Verhältnis zu Schrankenbestimmungen ... 314
II. Rechtsprechung zu technischen Schutzmaßnahmen ... 315
1. Die Half-Life 2-Entscheidung des BGH ... 315
2. Die UsedSoft-Entscheidung des EuGH ... 316
3. Die Nintendo-Entscheidung des EuGH ... 317

III. Auswertung der Entscheidungen 318
1. Der Widerspruch zwischen Half-Life 2 und UsedSoft 318
2. Die Verhältnismäßigkeitsprüfung 321
a. Dogmatische Begründung..... 321
b. Reichweite der Verhältnismäßigkeit..... 322
c. Anwendbarkeit im Rahmen der Software-Richtlinie ... 323
d. Einfluss der Erschöpfungswirkung..... 324
IV. Bewertung technischer Beschränkungen der Weitergabe..... 324
1. DRM-Systeme..... 325
2. Benutzerkonten 326
3. Rechtsfolgen 327
V. Technische Schutzmaßnahmen in AGB 328
VI. Zusammenfassung 329

G. Schlussbetrachtung 330

Literaturverzeichnis 333